

Weichenstellung zur Öko-Sozialen-Marktwirtschaft

Vertreter innovativer bayerischer Unternehmen und BUND Naturschutz ziehen Konsequenzen aus der Corona-Krise

Konjunkturprogramme müssen Daseinsvorsorge, Gemeinwohl und Klimaschutz beachten!

SpitzenvertreterInnen dreier Kernbereiche der bayerischen Wirtschaft aus Lebensmittelerzeugung, kommunaler Energie- und Verkehrswirtschaft, Metallindustrie sowie der BUND Naturschutz fordern, Konjunkturprogramme konsequent an den Zielen von Nachhaltigkeit und Klimaschutz auszurichten. Die Corona-Krise habe schlagartig bewusst gemacht, wie lebensnotwendig die kommunale Daseinsvorsorge, eine nachhaltige Lebensmittelerzeugung und eine zukunftsorientierte Industriepolitik sind, die nachhaltig Umwelt und Beschäftigung sichern. Nur mit dem richtigen Einsatz der Milliarden Euro an Steuergeldern für Hilfs- und Konjunkturprogramme könne eine Neuausrichtung hin zu einer krisenresilienten und nachhaltigen Wirtschaftsweise gelingen.

„Die Corona-Erfahrung ist der notwendige Impuls für unsere längst überfällige Abwendung von bisher dominanten Wachstums-Ideologien. Die zukunftsichernde Konsequenz daraus lautet: Stabilisierung unserer Natur und Umwelt durch eine Anwendungspflicht des Artikels 20a Grundgesetz („Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen...“) auf alle künftigen Wirtschaftsaktivitäten – und zeitnah die Durchsetzung der „öko-sozialen Marktwirtschaft“, so **Barbara Scheitz, Geschäftsführerin der Andechser Molkerei Scheitz GmbH.**

„Neben der Weiterentwicklung des Automobils brauchen wir neue Produkte und Dienstleistungen vom Lastenfahrrad bis zum Carsharing und von der Ladesäulenproduktion bis hin zur Softwareentwicklung. Die intelligente Vernetzung von Mobilitäts- und Energiewende ist dabei Bedingung fürs Gelingen. So wird beispielsweise nur durch die flächendeckende Bereitstellung von sauberem Strom eine CO2-neutrale Produktion von Stahl realisiert. Darauf sind die Autohersteller ebenso wie Windkraftanlagenbetreiber angewiesen, wenn sie klimaneutrale Herstellprozesse nachweisen müssen“, so **Norbert Lenhard, Vorsitzender des Konzernbetriebsrates der Schaeffler AG und IG Metall.** „Gerade zur Krisenvorbeugung müssen Arbeitnehmerrechte gestärkt werden. Die IG Metall kritisiert daher die erhobenen Forderungen der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft als verantwortungslos und krisenverschärfend. Der Arbeitgeberverband offenbart sein marktradikales Gesicht und will die Corona-Krise offensichtlich

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Andechs, Nürnberg, Schweinfurt

27.05.2020

PM 052/20 LFG

Wirtschaft und Umwelt

N-ERGIE



ANDECHSER MOLKEREI

schamlos ausnutzen. Das schadet dem Zusammenhalt unserer demokratischen Zivilgesellschaft", so Lenhard weiter.

„Die Corona-Krise legt Stärken und Schwächen Deutschlands offen. Das Mobilitätsverhalten verändert sich und muss sich weiter hin zu mehr Klimafreundlichkeit entwickeln. Dazu gehören ein leistungsstarker ÖPNV, einfach zu organisierende durchgängige Mobilitätsketten und klimafreundliche Antriebssysteme. Ebenso zeigt sich, dass die Energiewende nur gelingen kann, wenn Lösungen sektorenübergreifend angelegt sind. Ganz wesentlich ist hierbei die Kopplung zwischen Strom- und Wärmemarkt und ein hierauf ausgerichteter Rechtsrahmen“, erklärt **Josef Hasler, Vorstandsvorsitzender der N-ERGIE Aktiengesellschaft und der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft**. Dazu ist es zwingend, den ÖPNV finanziell deutlich besser auszustatten und die Dekarbonisierung des Wärmesektors über Konjunkturprogramme zu beschleunigen. „Eine Kaufprämie für ein einzelnes Produkt – wie beispielsweise eine Autokaufprämie – ist kontraproduktiv und sozial ungerecht“, so Hasler weiter.

„Der ohnehin notwendige Umbau zu einer umweltverträglicheren und sozial gerechteren Wirtschaft muss jetzt mit einem Konjunkturprogramm Nachhaltigkeit vorangetrieben werden“, appelliert **BUND Naturschutz Landesvorsitzender Richard Mergner** an Ministerpräsident Markus Söder und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger. „Regionale Wirtschaftskreisläufe und dezentrale Strukturen in nachhaltigen Wirtschaftsbereichen müssen gestärkt werden, um weniger abhängig von internationalen Lieferketten zu sein“. Statt dem drohenden „Rollback“ in der Energiepolitik fordert der BUND Naturschutz eine Bürgerenergie und ein Lösen der Bremsen bei der Nutzung von Wind- und Sonnenenergie. Damit würde auch die Abhängigkeiten von Energieimporten aus dem Ausland verringert und mehr Geld bei Bürgerinnen und Bürgern bleiben. „Statt einer als Innovation verbrämten Subvention der Autoindustrie und neuen Straßen- und Autobahnbauten, muss eine Mobilitätswende mit Investitionen in Busse und Bahnen sowie die Radinfrastruktur erfolgen“, so Mergner.

Für Rückfragen:

Barbara Scheitz, Geschäftsführerin der Andechser Molkerei Scheitz GmbH, Tel.: 08152 379200

Josef Hasler, Vorstandsvorsitzender N-ERGIE Aktiengesellschaft, Pressestelle, Tel.: 0911 80258050

Norbert Lenhard, Vorsitzender Konzernbetriebsrat und IG Metall, Tel.: 0162-2590635

Richard Mergner, BUND Naturschutz Landesvorsitzender, Tel.: 0171-6394370

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Andechs, Nürnberg, Schweinfurt

27.05.2020

PM 052/20 LFG

Wirtschaft und Umwelt

N-ERGIE



ANDECHSER MOLKEREI